



GRÜN-alternativ Meerbusch

An den Vorsitzenden des Sozialausschusses
Hans Günter Focken
Ratsbüro
40667 Meerbusch

Meerbusch, 11.11.2023

**Prüfauftrag & Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2024
Sozialausschuss
am 16. November 2023**

Änderung für Produkt (bitte ankreuzen)

- X 050.315.010 Ü-Heime für Aussiedler und Asylbewerber
und
010.111.140

Seite des Haushaltentwurfes, Konto, Bezeichnung, ggf. investive Maßnahme

Seite:	184 / 199
	7 01012184 78510000
Bezeichnung:	Temporäre Asylunterkünfte
ggf. investive Maßnahme: z.B. 7.01010001 Beschaffung bew. Vermögen	

Änderungsantrag

Sperrvermerk und Prüfauftrag

Veränderung (VE nur für investive Maßnahmen möglich)

	Ansatz alt z.B. 15.000 €	Veränderung z.B. + 5.000 €	Ansatz neu z.B. 20.000 €
X	Sperrvermerk (ggfs. ankreuzen)		
	Freigabe durch: X	Fachausschuss <input type="checkbox"/>	HFWA <input type="checkbox"/> Rat X

Produkt	Konto
010.111.140	

Begründung

Antrag

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung zumindest für einen vorgesehenen Containerstandort für Asylbewerber*innen die Alternative einer

Anmietung leerstehender Bürogebäude

zur Unterbringung zu prüfen.

Begründung:

Es gibt in Meerbusch nach unserem Kenntnisstand entsprechenden Gewerbeleerstand. Hiermit wären entsprechende bauliche Anpassungen verbunden, die zu prüfen und zu kalkulieren wären.

Die Verwaltung führt in ihrer Antwort zum Hauptausschuss am 14.11.2023 zum Schreiben der SPD aus:

Nach den Informationen des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung von NRW wird auch die Nutzungsänderung (z. B. Umwandlung von Gewerbe in Wohnimmobilien) oder die Erweiterung (Anbauten oder Aufbauten) von vorhandenen Gebäuden mit den identischen Förderkonditionen eines Neubaus finanziell unterstützt.

Diese Möglichkeiten werden sowohl von der Bezirksregierung Düsseldorf als auch von verschiedenen Kommunen genutzt.

Eine diesbezügliche Beschlusslage wirkt sich auf die Haushaltsberatungen des Klima-, Bau- und Umweltausschusses und das oben genannte Produkt aus. Die inhaltliche Beratung sollte zunächst im Sozialausschuss geführt werden.